



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Pressemitteilung

Kommunikation, Presse, Öffentlichkeit

17.10.2008

Ergebnisse der 323. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 16. und 17. Oktober 2008 in Saarbrücken

Am 16. und 17. Oktober 2008 fand in Saarbrücken die 323. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz unter Vorsitz ihrer Präsidentin, Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, statt.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen folgende Themen:

- Qualifizierungsinitiative für Deutschland
- Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerausbildung
- Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber
- Beteiligung der Länder an internationalen Grundschul-Untersuchungen
- Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Qualifizierungsinitiative für Deutschland – Beiträge der Kultusministerkonferenz

Die Kultusministerkonferenz hat in Saarbrücken eingehend über die laufenden Vorbereitungen für die geplante Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“ beraten. Die Kultusminister plädieren dafür, dass Bund und Länder ihre Aufwendungen für den Bildungsbereich weiter erhöhen. Die aus der demographischen Entwicklung resultierenden Ressourcenspielräume sollen insbesondere genutzt werden, um

Sekretariat der Kultusministerkonferenz
Lennestraße 6 53113 Bonn
Pressereferat:
Tel: 0228/501-611 Fax: 0228/501-608
presse@kmk.org oder a.schmitz@kmk.org

Berliner Büro im Wissenschaftsforum am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37 10117 Berlin
Pressereferat:
Tel: 030/25418-401 Fax: 030/25418-452
schill@berlin.kmk.org

Internet: www.kmk.org

weiter in die Verbesserung der Bildungsqualität von der frühen Bildung über Schulen, Hochschulen bis hin zur Weiterbildung zu investieren.

Im Bereich der frühen Bildung reichen die geplanten Maßnahmen von einem schrittweisen Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren über eine kostenfreie und bedarfsgerechte Sprachförderung bereits vor der Einschulung bis hin zu einer intensiveren Zusammenarbeit und Abstimmung von Bildungszielen zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Die Länder werden ihre Maßnahmen der Qualitätsentwicklung im Schulbereich verstärkt darauf ausrichten, die Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu entkoppeln sowie die Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter zu erhöhen. Es wird angestrebt, den Leistungsstand von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler anzuheben. Vorrangiges Ziel im Bildungsbereich muss in den nächsten Jahren sein, die Ausbildungschancen von Schülerinnen und Schülern zu erhöhen. In einem ersten Schritt soll die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss in den nächsten fünf Jahren halbiert werden. Gleiches gilt für die immer noch zu hohe Zahl der Ausbildungsabbrecher.

Mit ihren Beschlüssen hat die Kultusministerkonferenz in Saarbrücken bereits wichtige Voraussetzungen für einen verbesserten Übergang von der beruflichen Bildung bzw. Weiterbildung in die Hochschulen geschaffen. Ziel ist, die Zahl beruflich qualifizierter Studienanfänger ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung deutlich zu erhöhen.

Saarbrücker Beschluss zur Lehrerbildung: Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen an das Lehramtsstudium von der Kultusministerkonferenz verabschiedet

Auf ihrer Sitzung am 16.10.2008 in Saarbrücken haben sich die Kultusminister auf die inhaltlichen Anforderungen an das Lehramtsstudium verständigt. Damit wird

- länderübergreifend die Vergleichbarkeit der Ziele und Anforderungen in den lehramtsbezogenen Studiengängen erreicht und die Mobilität und Durchlässigkeit für Lehramtsstudierende im deutschen Hochschulsystem gesichert,

- die wechselseitige Anerkennung der Studienleistungen und Studienabschlüsse zwischen den Ländern gewährleistet.

Zusammen mit den bereits Ende 2004 beschlossenen Standards für die Bildungswissenschaften bilden diese fachlichen Anforderungen die Grundlage für die Akkreditierung und Evaluierung der lehramtsbezogenen Studiengänge. Die Kultusministerkonferenz erfüllt damit ihre drei Jahre zuvor getroffene Zielvereinbarung.

Eine von ihr eingesetzte Arbeitsgruppe hat zusammen mit Fachwissenschaftlern unter Beteiligung von Fachverbänden, wissenschaftlichen Gesellschaften, Kirchen und Lehrerorganisationen für über 20 Fächer des Lehramtsstudiums sog. „Fachprofile“ erarbeitet, die im Einzelnen beschreiben, was Studierende am Ende ihres Studiums wissen und können sollen und welche Inhaltsbereiche deshalb der Studienplan der Fächer enthalten muss. Dazu zählen auch die fachdidaktischen Anforderungen.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (Saarland), unterstreicht die hohe Bedeutung dieses Beschlusses: „Die Länder haben damit erstmals den Lehramtsstudiengängen eine gemeinsame, inhaltlich grundlegende und verbindliche Ausrichtung gegeben. Dies ist ein entscheidender Reformschritt für eine bessere Ausbildung, mit der auch die Attraktivität des Lehrerberufs erheblich steigen wird.“ Es geht darum, durch das Studium exzellente fachwissenschaftliche und fachdidaktische Qualifikationen zu entwickeln, die auf die beruflichen Anforderungen der Schule bezogen sind; mit diesem Anspruch sei auch das Studium innerhalb der Universitäten zu verankern.

„Mit der Vorgabe der Fachprofile setzt die Kultusministerkonferenz einen Rahmen, der den Ländern und den Universitäten durchaus die Möglichkeit gibt, in der weiteren fachwissenschaftlichen Ausgestaltung selbst Schwerpunkte und Differenzierungen, aber auch zusätzliche Anforderungen festzulegen“, so Kramp-Karrenbauer. Berücksichtigt sind die unterrichtsrelevanten Studienfächer, die in den Prüfungsordnungen nahezu aller Länder vorkommen.

Die ersten Entwürfe für jedes Studienfach wurden von Wissenschaftlern vorgelegt, die von der Kultusministerkonferenz dafür beauftragt worden waren, und auf dieser Grundlage mit ihnen weiterentwickelt. Besonders erfreulich ist, dass Fachverbände und wissenschaftliche Gesellschaften die Möglichkeit der Mitwirkung umfassend genutzt haben. In einzelnen Fächern haben die jeweiligen wissenschaftlichen Gesellschaften und Fachverbände den Ansatz der Kultusministerkonferenz als Impuls für die Entwicklung eigener fachpolitischer Positionen zur Lehrerbildung (einschließlich Kerncurricula) aufgegriffen und wollen damit innerhalb ihres Fachs dem Lehramtsstudium eine in dieser Form neue und besondere Bedeutung zuweisen. So etwa im Fach Mathematik, bei dem die Deutsche Mathematiker-Vereinigung, die Gesellschaft für Didaktik der Mathematik und der Lehrerverband MNU (Mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht) ergänzend zum Fachprofil eine gemeinsame Empfehlung „Standards für die Lehrerbildung im Fach Mathematik“ beschlossen hat.

Ministerin Kramp-Karrenbauer erwartet, dass der Saarbrücker Beschluss in den Ländern zügig umgesetzt wird: „Mit diesem Beschluss haben die Länder einen bedeutsamen bildungspolitischen Schritt unternommen; die Lehrerbildung wird auf eine qualitativ hochwertige Grundlage gestellt. Ich bin zuversichtlich, dass die Hochschulen daraufhin ihre Studienangebote für Lehramtsstudierende in kurzer Frist umstellen können.“

Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber soll geöffnet werden

Die Länder werden bis zum Jahr 2010 länderübergreifend die Voraussetzungen formulieren, unter denen der allgemeine Hochschulzugang für Meister, Techniker, Fachwirte und Inhaber gleich gestellter Abschlüsse ermöglicht und der fachgebundene Zugang zur Hochschule für beruflich Qualifizierte nach erfolgreichem Berufsabschluss und dreijähriger Berufstätigkeit eröffnet wird. Gleichwertige berufliche Qualifikationen sollen von den Hochschulen auf die Studienleistung angerechnet werden. Die Kultusministerkonferenz will auf ihrer nächsten, spätestens auf ihrer übernächsten Sitzung über das Thema beraten und entscheiden.

Deutschland nimmt an internationalen Grundschul-Untersuchungen teil

Deutschland wird sich im Jahr 2011 wieder an der internationalen Lese-Untersuchung PIRLS/IGLU sowie an der internationalen Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie TIMSS beteiligen. Einen entsprechenden Beschluss fasste die Kultusministerkonferenz in Saarbrücken. Ziel der Studien ist die Erfassung und Beschreibung der Grundbildung von Schülerinnen und Schülern der vierten Jahrgangsstufe im Lesen sowie in Mathematik und Naturwissenschaften. Die Untersuchung erfolgt für die drei Bereiche erstmals gleichzeitig. Die deutsche Stichprobe wird mindestens 4.500 Schülerinnen und Schüler in rund 200 Schulen umfassen. Die Kultusministerkonferenz strebt an, die Stichprobe zur Normierung der Bildungsstandards für die Fächer Deutsch und Mathematik in der Grundschule zu nutzen.

Zugleich hat die Kultusministerkonferenz in Übereinstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung beschlossen, nicht an den Erhebungen zur Sprachenkompetenz im Rahmen der Europäischen Untersuchung teilzunehmen, da in Deutschland bereits im Jahr 2009 die Kompetenz in den Fremdsprachen Englisch und Französisch als Erste Fremdsprache in der Sekundarstufe I durch einen Ländervergleich überprüft wird. Dem Ländervergleich liegen Kompetenzstufenmodelle zugrunde, die am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen orientiert und mit europäischen Experten abgestimmt sind. Die vorgesehene europäische Erhebung lässt dagegen aufgrund der unterschiedlichen Verbindlichkeit und Dauer des Fremdsprachenlernens in den Mitgliedstaaten und der damit zusammenhängenden heterogenen Untersuchungspopulationen keine verlässlichen zusätzlichen Vergleichswerte erwarten.

Kultusministerkonferenz sieht keinen Änderungsbedarf bei Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Die Kultusministerkonferenz sieht derzeit keine Notwendigkeit, die Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen zu ändern. „Die bestehenden Regelungen haben sich bewährt. Sie bieten hinreichenden Gestaltungs- und Handlungsspielraum, um sachgerechte und systemkonforme Lösungen zu ermöglichen, die

eine größere Durchlässigkeit im Bildungssystem erlauben“, erklärte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Annegret Kramp-Karrenbauer, in Saarbrücken. „Wir werden die weitere Entwicklung insbesondere im Hinblick auf die Systemakkreditierung sowie die Lehrerbildung beobachten und anhand der dann vorliegenden Erfahrungen prüfen, ob und inwieweit Anpassungen der Strukturvorgaben erforderlich sind.“ Anlass der Beratung waren Vorschläge des Akkreditierungsrates zu Detailregelungen der Strukturvorgaben.